



MEDIENINFORMATION - Statement der Veranstalter

Frau Bundesministerin Aigner, bitte vergessen Sie die Fische nicht!

Gemeinsam mit Slow Food Deutschland, Brot für die Welt, der Deutschen Umwelthilfe und OCEAN2012 appellieren Fischer bei einem Treffen in München an Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (CSU)

Die Verhandlungen über die Grundverordnung der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) der EU befinden sich in der entscheidenden Schlussphase. Am 15.5.2013 hat sich der Ministerrat auf ein neues Mandat für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament verständigt. Im sogenannten Trilog zwischen Europäischer Kommission, Rat der EU und Europäischem Parlament soll bis Ende Mai eine politische Einigung erzielt werden.

Aus Sicht der Verbände der OCEAN2012-Allianz zielen einige der Beschlüsse des Ministerrats in die richtige Richtung, jedoch muss in den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament an einigen Stellen noch stark nachgebessert werden.

„Wir begrüßen, dass der Rat der Fischereiminister – auch Dank der Hilfe von Ministerin Aigner – es endlich als übergeordnetes Ziel der Fischereipolitik anerkannt hat, die Fischbestände auf einem nachhaltigen Niveau wiederherzustellen“, so die deutsche OCEAN2012-Koordinatorin Nina Wolff von der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH). „Entscheidend ist jedoch, dieses Ziel mit einer konkreten Jahreszahl zu versehen. Deshalb fordern wir den Rat auf, der Position des Europäischen Parlaments und der Bundesregierung zu folgen, wonach die Wiederherstellung der europäischen Fischbestände bis spätestens 2020 erfolgen sollte.“

Die bisherige Fischereipolitik der EU ist keine Erfolgsgeschichte. Dreißig Jahre GFP haben zu einer massiven Übernutzung der Fischbestände geführt, zur Schädigung von Ökosystemen und zahlreicher Meeresarten sowie ihrer Lebensräume. Als weltgrößter Importmarkt für Fisch sind die EU und Deutschland zudem für die Überfischung der Weltmeere mit verantwortlich und vergrößern so die Misere an den Küsten einiger Entwicklungsländer.

„Die Erholung der europäischen Bestände und eine größere Eigenversorgung Europas mit Fisch ist auch eine entwicklungspolitische Forderung: Immer mehr EU-Fangboote fischen in den Gewässern der Entwicklungsländer. Fisch ist aber in diesen Ländern eine der wichtigsten Eiweißquellen“, erklärt Francisco J. Marí, Fischereiexperte von Brot für die Welt. „Die EU-Fischereipolitik muss dazu beitragen, diese Fischgründe zu schützen und die EU-Fangkapazitäten abzubauen.“

Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland seien darauf angewiesen, dass eine verantwortungsvolle Fischereipolitik den Konsum von Fisch aus nachhaltigen heimischen Beständen ermöglicht.

„Für eine wachsende Zahl von Menschen sind Verantwortung und Genuss untrennbar – selbst deutsche Spitzenköche fordern inzwischen die nachhaltige Nutzung unserer Fischressourcen“, sagt Ursula Hudson, Vorsitzende von Slow Food Deutschland. „Die Gesellschaft erwartet eine zügige Lösung für die Probleme in unseren Meeren. Nachhaltige Fanggrenzen bis 2015 sind in Europa machbar – nur so erreichen wir eine Erholung unserer Fischbestände bis spätestens 2020.“

Die Überfischung schadet nicht zuletzt den Fischern, denn mit den geschrumpften Beständen gehen Schätzungen zufolge jedes Jahr potenzielle Fangerträge im Wert von über drei Milliarden Euro verloren, mit denen mehr als 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.¹ Daher fordern die einladenden Vertreter der Zivilgesellschaft gemeinsam mit den anwesenden Fischern im Rahmen der GFP-Reform ein Bekenntnis des EU-Ministerrats zu einem verantwortungsvollen Fischereimanagement.

¹ Nef (new economics foundation) (2012): *Arbeitsplätze – Auf See verschollen (Jobs Lost at Sea)*. London, neweconomics.org/node/1968.

An Frau Bundesministerin Aigner geht die gemeinsame Bitte, sich weiterhin mit aller Kraft für ein Ende der Überfischung und für die Erholung der Fischbestände in den EU-Gewässern bis spätestens 2020 einzusetzen.

Unsere Kernforderungen:

- **Erholung der Fischbestände:**
Die Mehrzahl der europäischen Fischbestände ist überfischt, weil die EU-Fischereiminister über lange Zeit die Fanggrenzen weit oberhalb der wissenschaftlichen Empfehlungen festgelegt haben. Die Überfischung zu beenden, ist für die Meeresumwelt ebenso wichtig wie für die Zukunftsfähigkeit der Küstenregionen und der handwerklichen Fischerei. Übergeordnetes Ziel muss sein, Fanggrenzen so festzulegen, dass eine rasche Erholung der Fischbestände in einem Umfang oberhalb des höchstmöglichen Dauerertrags erfolgt. Nun wird entschieden, ob sich die EU nachhaltigen Fanggrenzen bis 2015 und der Erholung der europäischen Fischbestände bis 2020 verschreibt (wie es die aufgrund internationaler Vereinbarungen gebotene Zielvorgabe ist) oder ob die GFP am Ende eine halbherzige Politik bleibt, die ihren Zweck verfehlt.
- **Nachhaltige Fangmethoden:**
Industrielle Fangmethoden schädigen die Meeresökosysteme und Lebensräume mariner Arten zum Teil beträchtlich. Die neue GFP sowie der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) müssen Anreize schaffen, dass schädliche Fangmethoden durch ökologisch unbedenklichere Alternativen ersetzt werden.
- **Rückwürfe stoppen:**
Fast 30 Millionen Tonnen Fisch und andere Meereslebewesen werden jährlich tot oder verwundet ins Meer zurückgeworfen. Beifang ist eine Tragödie für die Umwelt und eine unglaubliche Verschwendung von Nahrungsmitteln, die insbesondere in den Ländern des Südens dringend benötigt werden. Eine wichtige Forderung ist deshalb, die Anlandung aller Fänge gemäß einem verbindlichen Zeitplan möglichst ausnahmslos vorzuschreiben.
- **Keine weitere Ausbeutung der Ressourcen in Ländern des Südens:**
Die Fischereiindustrie versucht der wachsenden Nachfrage durch Fänge der EU-Flotten in entfernten Gewässern, durch Zuchtfisch aus Aquakulturen und importierten Fisch, dessen legaler und nachhaltiger Ursprung mitunter in Zweifel steht, zu begegnen – zu Lasten der Fischbestände weltweit und der Ernährungssituation der Bevölkerung in Entwicklungsländern. Dies muss unterbunden werden.
- **Nachhaltige Fischereisubventionen:**
Subventionen sind an Voraussetzungen zu knüpfen, die eine nachhaltige Fischerei fördern und nicht eine weitere Überfischung der Ressourcen finanzieren und unterstützen. Das heißt beispielsweise: keine öffentlichen Gelder zum Ausbau oder Erhalt von Flottenkapazitäten und mehr Geld für die Kontrolle von Fangtätigkeiten sowie für die Datenerhebung zur wissenschaftlichen Bewertung der Fischbestände.

Weitere Forderungen an die Gemeinsame Fischereipolitik:

- Stärkung einer nachhaltigen, regionalen Fischerei, die eine Vielfalt an verantwortlich und regional gefangenem Fisch sicherstellt
- Vorrangiger und fairer Zugang zu Fischbeständen für nichtindustrielle Fischerei, besonders in Entwicklungsländern
- Beachtung der Menschenrechte bei EU Fischereiaktivitäten, besonders des Rechts auf Nahrung der armen Bevölkerung des Südens
- Förderung nachhaltiger Fischzucht:
Intensive Fischzucht in Form mariner Aquakulturen ist keine Lösung der Überfischung – sie zerstört Ökosysteme in Küstennähe und verbraucht enorme Mengen von aus Wildfisch hergestelltem Fischmehl. Stattdessen gilt es, eine nachhaltige Teichwirtschaft zu fördern.
- Schutz und Wiederaufbau der Meeresökosysteme

Die neue Grundverordnung der GFP soll die Überfischung stoppen und die Wiederherstellung der europäischen Fischbestände garantieren. Der vom Europäischen Parlament am 6. Februar dieses Jahres mit einer Mehrheit von 502 zu 137 Stimmen angenommene Standpunkt sieht vor, die Überfischung bis 2015 zu beenden und die europäischen Fischbestände bis spätestens 2020 oberhalb des höchstmöglichen Dauerertrags wiederherzustellen und zu erhalten.

Im Rahmen ihrer Verhandlungen über die Ausgestaltung der GFP-Reform haben EU-Rat und Parlament die Gelegenheit, die bereits 30 Jahre andauernde Misswirtschaft in der EU-Fischereipolitik zu beenden: Gegenwärtig sind 47 Prozent der untersuchten Bestände im Atlantischen Ozean überfischt, im Mittelmeer sind es 80 Prozent und in der Ostsee fünf von sieben Fischbeständen. Für die Versorgung mit wild gefangenem Seefisch und Meeresfrüchten sind die EU-Mitgliedstaaten zu fast 50 Prozent auf Importe angewiesen.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Dr. Nina Wolff, Deutsche Umwelthilfe e.V., Koordinatorin von OCEAN2012 in Deutschland, Tel. + 49 (0) 151 10844768